Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 120. | Dresden, Freitag den 28. Mai 1909. | 20. Jahrg.

Das schwarz-schwarze Kartell.

Die gerettete Liebesgabe. — Heftige Zusammenstöße in der Finanzkommission.

Die Finanzkommission des Reichstags hat am Donnerstag bei der zweiten Beratung des Branntweinsteuergesetzes die bereits beschlossene Verewigung der Liebesgabe abermals bestätigt. Das gehört zu dem ganzen Bilde: überall Erfolg der Junker durch ihre rücksichtslose Festigkeit, überall Mißerfolg der Liberalen infolge zweideutigen und unschlüssigen Verhaltens.

Während aber die Junker sich selber großmütig Geschenke machen, um gleichzeitig mit dem Reich auch ihren eigenen Bedarf an Kleingeld zu decken, bewilligen sie nicht minder großmütig aus den Taschen der Massen eine Verbrauchsabgabe nach der andern; denn sie können es gar nicht erwarten, bis sie von der Regierung darum gebeten werden, sondern sie bringen selber Anträge auf Einführung indirekter Steuern ein. Der konservative Antrag, der eine außerordentliche Erhöhung der Kaffee- und Teezölle fordert, ist ein junkerliches Schelmenstück erster Ordnung. Die Regierung hat eine Erhöhung des Kaffeezolls angekündigt. Statt nun ruhig den Eingang der Regierungsvorlage abzuwarten, beeilen sich die Konservativen, ihr zuvorzukommen und sie zu überrumpeln. Dem Reichskanzler soll so deutlich wie möglich gezeigt werden: Nicht du führst das Schiff der Reichsfinanzreform, sondern wir führen es, wir, die Junker, gegen die dein Kanzler in Preußen-Deutschland regieren kann.

Die Liberalen verdanken ihre wenig beneidenswerte Lage dem naiven Mißverständnis, das ihnen den Reichskanzler als ihren Führer gegen die Konservativ-Klerikalen erscheinen ließ, während er nichts anderes war, ist und sein will als der Gefährte der Konservativen.

*

Aus der Finanzkommission.

Es wird uns berichtet:

Die Beratung der Branntweinsteuer wird bei § 2, dem Kernpunkte der ganzen Vorlage, fortgesetzt. In der Hauptsache handelt es sich um die Liebesgabe. Nach der Fassung erster Lesung sollte die Verbrauchsabgabe innerhalb des Kontingents 1,15 M., über das Kontingent hinaus 1,35 M. pro Liter betragen. Die Spannung zwischen diesen beiden Sätzen von 20 Pf. ist gleich 20 M. pro Hektoliter und stellt die Liebesgabe dar.

Abg. Roesicke beantragte: Herabsetzung der Verbrauchsabgabe auf 1,— resp. 1,20 pro Liter. Die Nationalliberalen wollen die Liebesgabe bis zum Jahre 1922 auf 12 M. herabgesetzt sehen, dagegen sollte die Steuer allmählich steigen auf 1,28 resp. 1,40 M. pro Liter. Die Freisinnigen wollen die Liebesgabe stufenweise bis zum Jahre 1919 auf 5 M. herabsinken lassen.

Staatssekretär Sydow bedauerte lebhaft, daß kein Antrag vorliegt, der die Wiederherstellung des Monopols fordert. Die Vertreter der süddeutschen Regierungen traten für die Aufrechterhaltung der Liebesgabe ein. Abg. Südekum erklärte, daß die Sozialdemokraten natürlich für den niedrigsten Steuersatz stimmen würden, um eine höhere Steuer zu verhüten. In dieser Abstimmung liege aber kein Präjudiz für unser Verhalten im Plenum.

Die Abstimmung ergab schließlich folgendes Resultat: Die Steuer beträgt innerhalb des Kontingents 1,05 M., außerhalb des Kontingents 1,25 M. Die Liebesgabe bleibt also auf 20 M. bemessen. Gegen die Liebesgabe stimmten: Sozialdemokraten, Nationalliberale und Freisinnige.

Eine Verschlechterung wurde ferner bei § 24 durchgesetzt. In der ersten Lesung war beschlossen worden, das Kontingent von 1913 an aller fünf Jahre neu festzusetzen. Diese Zeitperiode wurde auf 10 Jahre verlängert. Diese Bestimmung hat die Konsequenz, daß das Entstehen neuer Brennereien erschwert wird, denn sie erhalten ein Kontingent erst bei der Neueinteilung und sind schlechter gestellt, wenn die Neueinteilung erst in 10 Jahren, statt bereits in 5 Jahren erfolgt.

Es kam dann eine Reihe weiterer Paragraphen zur Beratung. Da der klerikal-konservative Block für alle Regierungsanträge, die unter der Firma Dietrich laufen, stimmt, und die Anträge der Linken ostentativ ablehnt, beteiligt sich die Linke nicht mehr an der Debatte. Südekum konstatiert, daß alles, was in erster Lesung verbessert wurde, jetzt grundlos umgestürzt werde.

Die Beratung gelangte bis § 102 des 148 Paragraphen umfassenden Entwurfs.

Der Schluß der Sitzung gestaltete sich äußerst tumultuarisch, weil die Konservativen mit Hilfe des Zentrums die ihnen von der Regierung eingeblasenen Anträge auf Erhöhung des Kaffee- und Teezolles und auf Einführung von neuen Steuern auf Zündhölzer und Glühkörper auf die Tagesordnung der Freitagssitzung setzen wollten, obschon diese Anträge noch nicht einmal gedruckt vorliegen.

Der Vorsitzende Frhr. v. Richthofen setzte, als man sich vertagen wollte, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung neben dem Rest der Branntweinsteuer den Antrag der Konservativen über Kaffee- und Teezölle. Hiergegen legte Dr. Wiemer (freis. Volksp.) Verwahrung ein. Der Antrag behandle eine ganz neue Materie und müsse erst an das Plenum. Abg. Dr. Paasche schloß sich dem an. Er behielt sich vor, eventuell andere Positionen des Zolltarifs zur Erhöhung in Vorschlag zu bringen. Frhr. v. Richthofen erklärte, daß der Kaffeezoll schon gestern durch Beschluß der Kommission auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Abg. Dr. Roesicke (kons.) kündigte Anträge über Besteuerung von Glühkörpern und Zündhölzchen an, die in zehn Minuten gedruckt vorliegen würden. Abg. Mommsen (freis. Vereinigg.) protestierte gegen eine solche Handhabung der Geschäftsordnung.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Geyer und Südekum erklärten, daß diese Festsetzung der Tagesordnung den bindenden Abmachungen im Seniorenkonvent direkt ins Gesicht schlüge. Es sei unerhörtes Verfahren, daß man neue Gesetze zur Beratung stellen wolle, während nicht einmal die Möglichkeit bestehe, mit den Fraktionen Rücksprache zu nehmen. Das Verfahren, Gesetzentwürfe, die ganz neue Steuern einführen wollen, ohne Begründung in der Kommission vorzubringen und dadurch die von der Geschäftsordnung vorgeschriebene erste Lesung im Plenum zu umgehen, fordere zur Anwendung jedes Mittels des Widerstandes heraus.

Dr. Südekum sagte dem Staatssekretär ins Gesicht, daß er mit den Konservativen bereits die Verabredung getroffen habe, auf jede Erbschaftsbesteuerung zu verzichten. Staatssekretär Sydow bestritt das zwar, konnte aber nicht leugnen, daß er zu den Anträgen der Konservativen und des Zentrums Gevatter gestanden habe. Er mußte zugeben, daß „den Antragstellern nur das Material zur Verfügung gestellt worden sei."

Abg. Dr. Paasche: Die verbündeten Regierungen haben ähnliche Entwürfe in Aussicht gestellt und der Seniorenkonvent hat beschlossen, diese erst im Plenum zu beraten. Das muß geschehen. Es heißt die Verhandlungen ad absurdum führen, wenn so wie hier verfahren werden soll. Abg. Dr. Wiemer (freis. Volksp.) schließt sich dem Proteste an. Es sei eine einfache Ueberrumpelung. Seine Freunde würden an den Verhandlungen nicht teilnehmen.

Schließlich wurde mit 16 gegen die 12 Stimmen der Linken beschlossen, die Anträge betreffend den Kaffee- und Teezoll auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

*

Der Gang, den die Verhandlungen in der Kommission nehmen, läßt die Festigung des konservativ-klerikalen Kartells unzweifelhaft erkennen. Und wohinaus will dieses Kartell mit Unterstützung der Regierung? Es geht mit Volldampf daran, die indirekten Steuern in eine Form zu bringen, daß sich die Agrarier noch die Taschen füllen können, während die große Masse des Volkes ausgeplündert wird. Auch die sogenannte Besteuerung des Besitzes wird zu einer reinen Farce. Man kann schon jetzt sagen, daß der konservative Antrag auf Besteuerung des Wertzuwachses auch noch eine kleine Korrektur erfahren werde. Man wird die Besteuerung des Wertzuwachses ländlicher Grundstücke ausnehmen. Was dann noch übrigbleibt, ist nichts als eine Verkehrssteuer, die selbstverständlich abgewälzt werden wird, und zwar in der Richtung des kleinsten ökonomischen Widerstandes. Mit anderen Worten, die gesamten indirekten Steuern und auch die betrügerisch sogenannten direkten Steuern, die jetzt geplant sind, fallen ausschließlich der bereits jetzt so hart belasteten großen Masse auf die Schultern, der man mit der Erhöhung des Kaffeezolls nun auch noch dieses notwendige Genußmittel weiter verteuern will, während man zugleich durch die Besteuerung der Beleuchtungskörper jene Dunkelheit im Lande zu schaffen trachtet, in der Junker und Pfaffen stets am besten zu munkeln verstanden haben.

*

Neue Leistungen des konservativ-klerikalen Kartells.

Steuern auf elektrische Glühlampen, Gasglühlichtkörper usw. — Zündwarensteuer. — Parfümerie- und Reinlichkeitssteuer.

Die Konservativen beantragen eine Steuer auf Beleuchtungsmittel, die sich eng an die abgelehnte Regierungsvorlage anlehnt.

Die Steuer soll betragen:

A. Für elektrische Glühlampen und Brenner zu solchen
   1. bis zu 15 Watt 5 Pfg. für das Stück;
   2. von über 15—25 Watt 10 Pfg. für das Stück;
   3. von über 25—60 Watt 20 Pfg. für das Stück;
   4. von über 60—100 Watt 30 Pfg. für das Stück;
   5. von über 100 Watt 50 Pfg. für das Stück.

B. Für Glühkörper zu Gasglühlicht und ähnlichen Lampen 10 Pfg. für das Stück.

C. Für Brennstifte zu elektrischen Bogenlampen 1 M. für das Kilogramm.

D. Für Quecksilberdampf- und ähnliche elektrische Lampen bis 100 Watt 1 M. für das Stück, für solche von höherem Verbrauche je 1 M. mehr für jedes weitere angefangene 100 Watt.

*

Ferner beantragen die Konservativen eine Zündwarensteuer:

1. Für Zündhölzer, für Zündspänchen und für Zündstäbchen aus Strohhalm oder aus Pappe
   a) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalt von weniger als 30 Stück 1 Pf. und mit einem Inhalt von 30—60 Stück 1½ Pf. für jede Schachtel oder jedes Behältnis;
   b) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalt von mehr als 60 Stück 1½ Pf. für 60 Stück oder einen Bruchteil davon.
2. Für Zündkerzchen aus Stearin, Wachs oder ähnlichen Stoffen
   a) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit 20 oder weniger Zündkerzchen 5 Pf. für jede Schachtel oder jedes Behältnis;
   b) in größeren Packungen für je 20 Zündkerzchen oder einen Bruchteil davon 5 Pf.

Die höheren Steuersätze treten nicht ein, wenn die vorstehend angegebenen Stückzahlen um nicht mehr als 10 v. H. überschritten werden.

*

Der Ruhm der Konservativen hat die Herren vom Zentrum nicht schlafen lassen. Sie haben auch einen Steuerantrag in der Finanzkommission eingebracht, der ganz nach dem Muster der Westarp und Roesicke gearbeitet ist. Es fehlt Begründung und jede Ertragsberechnung. Die Abgeordneten Erzberger, Pichler und Müller-Fulda haben beantragt, in das Branntweinsteuergesetz einen § 103a einzuschalten. Es sollen besteuert werden: Riechmittel, Parfümerien, Haarfärbemittel, Haut- und andere Verschönerungsmittel, Kopf-, Mund- und Zahnwässer, wohlriechende Essenzen, Extrakte, Tinkturen und Wässer, wohlriechender Essig. Die Steuer ist wie folgt gedacht:

Für 1 Stück oder 1 Behälter

a)	im Kleinverkaufspreis bis zu	0,50	M.	einschließlich	0,10	M.
b)	„	„	über 0,50	„	bis 1,—	M.	0,25	„
c)	„	„	„ 1,—	„	„ 2,—	„	0,50	„
d)	„	„	„ 2,—	„	„ 3,—	„	1,—	„
e)	„	„	„ 3,—	„	„ 5,—	„	1,50	„
f)	„	„	„ 5,—	„	„ 8,—	„	2,50	„
g)	„	„	„ 8,—	„	„ 10,—	„	3,50	„
h)	„	„	„ 10,—	„	„ 15,—	„	4,50	„
i)	„	„	„ 15,—	„	„ 20,—	„	6,—	„
k)	„	„	„ 20,—	„			8,—	„

Die Steuer soll vom Hersteller der genannten Erzeugnisse in Gestalt einer Banderole entrichtet werden. Auf jeder Packung oder jedem Behälter muß der Kleinverkaufspreis angegeben werden. Unter diese Steuer würden natürlich auch wohlriechende Seifen fallen! Und da der Begriff „Wohlgeruch" wohl außerordentlich schwer definierbar sein dürfte, würde keine große Findigkeit dazu gehören, so ziemlich jede Art von Seife mit dieser Steuer zu belasten.

*

Bankumsatzsteuer.

Die Beratungen zwischen den Vertretern der Regierung und den Vertretern der Bank- und Börsenkreise sind, wie das B. T. meldet, abgeschlossen. Als Endergebnis besteht der Eindruck, daß die Börse und die Banken mit 20 bis 30 Millionen belastet werden sollen. Die Form, in der die Belastung erfolgen wird, ist definitiv noch nicht festgestellt, doch können Couponsteuer und Dividendensteuer für ausgeschaltet gelten. Man darf wohl annehmen, daß die Absicht besteht, einen großen Teil der neuen Abgaben durch eine Bankumsatzsteuer aufzubringen.

Diese Steuer könnte von den Bankleuten am bequemsten abgewälzt werden!

Sozialreformen in England.

Von unserem Korrespondenten.

j. s. London, 25. Mai.

Die unermüdliche Agitation der englischen Arbeiterpartei, um den verheerenden Folgen der Massen-Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun, beginnt nun endlich positive Früchte zu tragen. Die Regierung hat sich nun doch schon genötigt gesehen, die ewigen schönen Versprechungen wenigstens zu einem Teile in Taten zu verwandeln. Man wird nicht fehl gehen, wenn man diese Gesinnungsänderung der Regierung hauptsächlich auf den überraschenden Wahlsieg der Arbeiterpartei in Sheffield zurückführt. Die liberale Regierung erkannte mit Schrecken, daß sie zwischen der entschiedenen Reaktion und der Arbeiterpartei zerrieben werden würde, und deshalb versucht sie noch im letzten Augenblicke die unzufriedenen Volksmassen zu besänftigen.

Die Einführung von Arbeitsbörsen, welche der Handelsminister Churchill in einem Gesetzentwurfe im Unterhause ankündigte, war bereits in der Thronrede zugesagt worden. Das ganze Land wird zum Zwecke der Arbeitsvermittlung in zehn Distrikte eingeteilt werden und jeder Distrikt einen Zentralrat besitzen, welcher zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehen soll mit einem bezahlten Funktionär als Vorsitzenden. Vorläufig sollen passende Lokale gemietet werden, aber nach und nach sollen eigene große Gebäude im Zentrum jeder Stadt errichtet werden, welche man auch zum Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung der betreffenden Ortschaft machen will, etwa in der Art der französischen und italienischen Arbeitsbörsen.

Dieser Entwurf hat, wie man sieht, mit dem eigentlichen Problem der Arbeitslosigkeit gar nichts zu tun. Die Arbeitsbörsen können keine neue Arbeitsgelegenheit schaffen, sondern höchstens nur bereits vorhandene Arbeitsgelegenheit vermitteln. Und auch darin zeigt der Regierungsentwurf keinen neuen Fortschritt, sondern begnügt sich im wesentlichen auf die Nachahmung ausländischer Versuche. Trotzdem wird auch diese Reform von beträchtlichem Nutzen für die Arbeiter sein. In England hat man mehr als anderswo unter der verwirrenden Regellosigkeit der öffentlichen Einrichtungen zu leiden, welche nicht nach allgemeinen Grundsätzen und systematisch geschaffen wurden, sondern wie der Augenblick sie eben zu erfordern schien. Dies zeigt sich auch bei den Arbeiter-Institutionen, und diesem Zustande ist es wohl zuzuschreiben, daß die Arbeitslosigkeit für die große Masse der englischen Arbeiter noch mit größerem Schrecken verbunden und leichter zur Degradation führt als in anderen Ländern. Der Gesetzentwurf ist gerade deshalb zu begrüßen, weil ein geordnetes Netz von Arbeitsbörsen diese Mißstände hoffentlich teilweise beseitigen wird.

Viel wichtiger und weitreichender ist der Plan, welchen der Handelsminister für das nächste Jahr ankündigte. Es soll nämlich mit der Arbeitslosenversicherung ein Anfang gemacht werden. Die Einzelheiten dieser Reform sind

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090528/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG